

Deutschlands Abschied von der Spaßgesellschaft

Als unsere Tochter (16) letztens mit einer Freundin ein zu lautes Konzert mit einem zu lauten HipHopper in Oberhausen besuchen wollte, schlug sie vor, mit der Bahn von Krefeld nach Oberhausen und zurück zu fahren. Wir hängen sehr an unseren Kindern, und so verwarfen wir ihr mutiges Ansinnen. Meine Frau und ich übernahmen den Fahrdienst, setzten uns drei Stunden in ein Lokal in Oberhausen und sammelten die Mädchen nach Konzertende wieder ein. Alles besser, als junge Mädchen allein abends quer durchs Ruhrgebiet fahren zu lassen. Wir richten uns darauf ein, dass solche Abende nun die Regel werden. Nach Köln und Hamburg sowieso.

Stück für Stück kommen immer neue schockierende Details ans Licht. Die Polizei war nicht Herr der Lage, Anzeigen über sexuelle Belästigungen durch Migranten kommen aus immer mehr Städten: Stuttgart, Düsseldorf, Leverkusen, Dortmund, Bielefeld. Angeblich wurde von Köln aus in der Neujahrsnacht an die Leitstelle des NRW-Innenministeriums die Bitte um zusätzliche Einsatzkräfte gerichtet - und dort abgelehnt. Polizisten widersprechen öffentlich Polizeiführung und Politik und bestätigen gegenüber Medien, dass ein beträchtlicher Teil der überprüften Migranten syrische „Flüchtlinge“ waren. Die Kölner Polizeiführung soll versucht haben, diese Fakten aus politischen Gründen zu verschweigen. Und so weiter. Man kann sich sowas kaum ausdenken. Wer Nachrichten schaut, hört heute auch von einem versuchten Attentat in Frankreich auf ein Polizeirevier. Der Täter soll mit einem Beil auf Beamte losgegangen sein und „Allahu akbar“ gerufen haben. Ich bin sicher, mit dem Islam hatte das nichts zu tun. Doch zurück nach Deutschland. In Weil am Rhein wurden zwei minderjährige Mädchen von vier Syrern vergewaltigt, las ich vorhin beim [SWR](#). Ganz was anderes, sagt man mir, Täter und Opfer hätten sich dort gekannt. Ob das für die Opfer ein Trost ist?

Alles, was der Politik aktuell einfällt, ist: mehr Videoüberwachung und mehr Polizei bei Großveranstaltungen. Aber was ist das für ein Land, wo sich Menschen erstmal informieren müssen, ob genügend Polizei vor Ort ist, bevor sie rausgehen, um sich zu amüsieren? Die Kanzlerin sagt, wir müssten über die Grundlagen des kulturellen Zusammenlebens sprechen. Müssten wir sie nicht einfach nur durchsetzen? Unser Land gerät zunehmend in einen Strudel von Problemen, auf die wir nicht vorbereitet sind. Vorbei die Zeiten, als in Büropausen übers Dschungelcamp und Germany's next Topmodel diskutiert wurde. Es gibt nun Wichtigeres, Existenzielles. Was all die „Rassismus“- und „Rechts“-Schreier nicht begreifen, ist, dass es hier gar nicht um mehr Rechts und mehr Reglementieren geht, sondern um die auch von ihnen gewollte bunte und freie Gesellschaft. Die ist in Gefahr, nicht der Pension unserer politisch Verantwortlichen.

Ich habe verschiedentlich geschrieben, dass Deutschland, dass WIR den Menschen in Not helfen müssen, die zu uns kommen. Auch denen aus Syrien. Das meine ich auch heute noch. Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass darunter welche sind, die sich nicht integrieren wollen, die uns, unsere Gesetze und Regeln, unsere Werte und Kultur zutiefst verachten. Wer das bezweifelt, wer jede noch so sachliche Kritik als „rechts“ stigmatisieren will, ist entweder ein Dummkopf, oder dieser Person geht jede Empathie für das ab, was den Frauen in Köln, Hamburg und anderswo widerfahren ist in dieser Neujahrsnacht.

Ich bin gewohnheitsmäßig ein Mensch, der zum Optimismus neigt. Doch der schrumpft. Der von Samuel Huntington vorhergesagte Kampf der Kulturen nach Ende des Ost-West-Konflikts zwischen dem Westen auf der einen und China und der islamischen Welt auf der anderen Seite hat begonnen. Dass nun auch der Ost-West-Konflikt wieder auflebt, macht die Sache nicht einfacher.